

Deutschböhmisches Vereinigung.

Die „Deutschböhmisches Korrespondenz“ verlautbart folgendes Communiqué:

„Die Deutschböhmisches Vereinigung trat gestern im Reichsratsgebäude zusammen. Der Vorsitzende Abgeordneter Bacher begrüßte nach Eröffnung der Sitzung den Handelsminister Dr. Urban, welcher zum erstenmal seit seinem Eintritt ins Kabinett den Beratungen der Deutschböhmisches Vereinigung beiwohnte, und gab unter allgemeinem Beifall dem Wunsch Ausdruck, daß den beiden aus Deutschböhmen hervorgegangenen Ministern, Dr. von Baernreither und Dr. Urban, voller Erfolg

in ihrem Wirkungskreise beschieden sein möge, zum Heil Oesterreichs und Deutschböhmens. Handelsminister Dr. Urban sprach für den ihm bereiteten herzlichsten Empfang seinen aufrichtigen Dank aus und ersuchte, ihn auch in Zukunft wie bisher zu unterstützen.

Darauf gab der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt, deren erster Punkt die Beratung des vom Abgeordneten Hummer vorgelegten Satzungsentwurfes bildete. Dieser wurde nach kurzer Wechselrede mit den von Dr. Urban und Abgeordneten Kraus beantragten stilistischen Änderungen angenommen. Durch Annahme der Satzungen wird die Deutschböhmisches Vereinigung straffer zusammengefaßt und hat nunmehr auch die Möglichkeit, den bisher außerhalb der Vereinigung stehenden deutschen Abgeordneten Böhmens die Gelegenheit zum Anschluß zu bieten. Ferner wurde beschlossen, zur Vornahme der auf Grund der Satzungen vorzunehmenden Wahlen demnächst eine Vollversammlung einzuberufen, damit die Parteien bis dahin ihre Vertreter namhaft machen können. Die Beitrittserklärung des Abgeordneten Pro wurde mit einstimmiger Beifügung zur Kenntnis genommen und der Vorsitzende beauftragt, in diesem Sinne dem Abgeordneten Pro Mitteilung zu machen.

Nach Erledigung dieser formalen Angelegenheiten wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Zuerkennung der Kriegszulage für die Lehrerschaft in Böhmen, die von der Landesverwaltungscommission in Aussicht genommen wurde, noch immer nicht erfolgt ist. Die Dringlichkeit dieser Forderung wurde einstimmig anerkannt, und die Abgeordneten Bacher und Schreiner erhielten die Vollmacht, namens der Vereinigung im Finanzministerium einzuschreiten.

Abg. Bacher berichtete sodann über den gemeinsamen Vollzugsausschuß der deutschböhmisches Vereinigungen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. Es wurde beschlossen, in diesen Ausschuß, der aus je vier Mitgliedern beider Häuser besteht, den Obmann und seine zwei Stellvertreter zu entsenden.

Darauf wurde in die nationalpolitische Erörterung eingegangen. An der Wechselrede beteiligten sich die Abgeordneten Soukup, Heine, Bartel, Dr. Schreiner, Dr. Damm, Dr. Urban, Glöckner, Anrisch, Kraus, Ansförge, Hummer und der Vorsitzende Abg. Bacher.

Die Grundlage der Beratungen bildete zum Teil eine Vorlage, welche von den Abgeordneten Bacher, Koller und Hummer eingebracht war und sich auf die derzeit wichtigsten nationalpolitischen Fragen bezog. Die Vorlage wurde im ganzen und in den Einzelheiten angenommen, doch wurde die Fassung eines Absatzes auf Grund der Beratung gemäß einer Anregung des Abg. Bartel abgeändert und ein Zusatz nach einem Antrage des Abg. Dr. Schreiner eingefügt.

Gemäß dem Ergebnisse der Beratungen wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen: Die Deutschböhmisches Vereinigung erwartet von der Regierung die rascheste Durchführung der unternommenen Neuordnung in Oesterreich und in Böhmen, um dem Staat wie dem deutschen Volke endlich die unentbehrlichen Erfordernisse einer gesunden Entwicklung zu geben und unverzüglich die Grundlagen für eine gedeihliche Tätigkeit der Volksvertretung und der Verwaltung zu schaffen. In diesem Sinne begrüßt die Deutschböhmisches Vereinigung die in jahrzehntelanger gemeinsamer Arbeit bewährten Kollegen Dr. Baernreither und Dr. Urban als Mitglieder der Regierung.

Die Abgeordneten Bacher und Schreiner haben bereits gestern im Finanzministerium in Ausführung des ihnen erteilten Auftrages vorgesprochen.

Alpenländische Vereinigung.

Ueber die gestrige Sitzung der Alpenländischen Vereinigung wird nachstehendes Communiqué verlautbart:

Die dem Deutschen Nationalverbande angehörigen Abgeordneten der Alpen- und Donauländer traten gestern vormittag auf Einladung des Abgeordneten Döbernik zu einer Beratung zusammen, welche den Zweck hatte, in wichtigen nationalpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten Südoesterreichs, die zum Teil mit der äußeren Politik der Monarchie eng zusammenhängen, die so wünschenswerte und notwendige Uebereinstimmung zu erzielen. Diese Angelegenheiten, denen in der Öffentlichkeit leider nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, welche ihnen gebührt, sind unter andern die künftige Entwicklung auf dem Balkan, die Zukunft der Adria, die Stellung Oesterreichs nach dem Kriege, die Bedeutung Dalmatiens für Oesterreich, die Besiedelung im

ichigen südlichen Kriegsgebiete, die Pflege des Staatsgefühles und des Schulwesens in den betreffenden Ländern, dann die Ausnützung der Wasserkräfte, die Zoll-, Verkehrs- und Tarifpolitik vom alpenländischen Standpunkte aus und die Bauernfrage.

In der eingehenden sachlichen Wechselrede wurde allseits die große Wichtigkeit dieser Fragen für das Reich und für das gesamte Deutschum nachdrücklich betont und die Zusammenfassung aller Kräfte zu ihrer Vertretung als ein wünschenswertes Ziel hingestellt. Im besonderen legte Abgeordneter Einspinner die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung Dalmatiens für Oesterreich wegen des ungehinderten freien Verkehrs zur See und nach dem Balkan beweiskräftig dar und stellte das Erscheinen einer Schrift, welche diesen Gegenstand ausführlich behandelt, für die nächste Zeit in Aussicht.

Bei Besprechung der Bauernfrage wurde auf die außerordentliche Mehrbeanspruchnahme der Viehzucht der Alpenländer in der Kriegszeit hingewiesen. Durch den Mangel jeglicher Kraftfuttermittel wird eine schwere Gefährdung der Viehzucht, der Haupteinnahmequelle der alpenländischen Landwirtschaft, herbeigeführt. Die alpenländischen Abgeordneten müssen daher die Regierung eindringlichst ersuchen, der alpenländischen Landwirtschaft gleich den Verfügungen des Statthalters von Niederösterreich vom 10. November 1916 Kraftfuttermittel im weitestgehenden Ausmaße zur Verfügung zu stellen. Auch die Ausgestaltung der kaiserlichen Verordnung vom 9. August 1915 zum Schutze des Bauernstandes sei unaufschiebbar. Die alpenländischen Abgeordneten werden sich mit diesen Fragen ununterbrochen befassen und beabsichtigen in Bälde allgemeine Vertrauensmännertage einzuberufen. Der erste dürfte in Luz stattfinden. An die Regierung wird im Einvernehmen mit dem Vorstand des Deutschen Nationalverbandes das Ersuchen gerichtet, vor Neuordnung der Dinge in Südoesterreich die Ansichten der alpenländischen deutschen Vertreter zu hören.